

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Haushaltsrede 2013

Schon die Ouvertüre zu den Etatberatungen ließ in diesem Jahr nichts Gutes ahnen. Sie, Herr Gerlach kündigten an, auf Grund zu erwartender Steuermehreinnahmen könne man ja schauen, welche Wünsche, vor allem aus den Ortschaften man dieses Jahr zusätzlich noch erfüllen könne. Der Rat reagierte prompt. War es bisher Tradition, zu Beginn beinharte Sparschwüre abzulegen und diese erst in den Stunden danach peu a peu zu brechen, ging man diesmal von Anfang an richtig zur Sache.

In Anbetracht des folgenden Abstimmungsverhaltens muss man – wenn man es positiv sehen will – der CDU wenigstens so viel Schamgefühl zu Gute halten, dass sie in diesem Jahr gar nicht erst behauptete, man wolle sparen. Statt dessen entschloss man sich, alles, was von den Ortschaften kam, durchzuwinken und dafür die Einnahmen im Haushalt auf dem Papier schön zu rechnen: Es würden eineinhalb Millionen mehr Gewerbesteuer eingenommen werden als die Kämmerin veranschlagt habe. Das meine man nicht nur auf der Basis der Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten, das werde tatsächlich auch so kommen, übte sich der Kollege Dr. Franke in Hellseherei.

Sie Herr Oberbürgermeister sind dann auch den Karren aufgesprungen unter Verweis darauf, man habe auch schon in der Vergangenheit zu niedrig geschätzt. Das mag zwar richtig sein, naturgemäß aber eher im Aufschwung, bei Abkühlung der Konjunktur lief es dann regelmäßig umgekehrt. Im zweiten Anlauf fand der Antrag dann eine Mehrheit. Nur dadurch dadurch enthält der schön gerechnete Etat keine Nettoneuverschuldung.

Eher traditionell an die Sache heran ging die SPD-Fraktion. Es wird nicht nur alle Jahre wieder Weihnacht, sondern auch alle Jahre wieder beantragt, die Steuern zu erhöhen. Jedenfalls konsequenter als die CDU, da dies echte Mehreinnahmen generiert hätte. Um zu versuchen,

den Antrag mehrheitsfähig zu machen, wollte man am Schluss noch mit einer Selbstverpflichtung operieren, das Geld zukünftig dann immer der Schuldentilgung zuzuführen. Nie wäre das Fastengelübde unglaubwürdiger gewesen als gerade am Ende der diesjährigen Sause.

Von vorne herein zukünftig eingepreiste Steuererhöhungen helfen uns aber kein Stück weiter, die unstreitig vorliegende strukturelle Unterfinanzierung unseres Haushalts zu beseitigen. Übrigen ist er dies nicht erst seit der Nikolausrunde im Rat. Bereits der Entwurf hätte den Anforderungen der Schuldenbremse auch nicht annähernd genügt.

Müsste der Etat als das, was er ist, nämlich ein doppischer Haushalt, genehmigt werden, wäre schon der Entwurf ohne die zusätzliche Ausgabenorgie krachend durchgefallen. Minus 3,4 Millionen Jahresergebnis bei Berücksichtigung des Wertverzehr des städtischen Vermögens. Nach der fiktiven Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen um 1,5 Mio Euro verbleibt immer noch eine Unterdeckung im Ergebnishaushalt von 2,1 Mio Euro. Im Klartext: Wir sind nach wie vor nicht in der Lage, Gebäude und Strassen so zu sanieren, dass der Bestand nicht schlechter wird. Jede seriöse Privatperson würde so nicht wirtschaften. So kommt das dicke Ende später.

Man rechnet statt dessen um in das kamerale System. Dadurch kann man die Abschreibungen ausblenden und in Verbindung mit dem CDU-Rechentrick sogar eine Nettoneuverschuldung vermeiden. Selbst das aber nicht aus eigener Kraft des vor Einnahmen strotzenden Haushalts 2013, sondern nur deshalb, weil der selbst nach kameralem Recht negative Saldo durch Zuführung von Restmitteln aus den Haushalten 2011 und 2012 in Höhe von 7,1 Mio Euro aufgefüllt wird.

Trotz Vollbeschäftigung und geradezu explodierender Steuereinnahmen schaffen wir es selbst in diesen extrem fetten Jahren nicht, Einnahmen und Ausgaben wirklich in Einklang zu bringen. Beim nächsten Abschwung wird sich ein Abgrund auftun. Wir müssten jetzt in der Hochkonjunktur steuernd eingreifen, um bei Wirksamwerden der Schuldenbremse nicht regelrecht auf dem Boden der Tatsachen aufzuschlagen. Zwar wurde deren Wirksamwerden von

der Landesregierung auf Druck der SPD vom Jahr 2016 auf das Jahr 2020 verschoben, wir halten dies aber für grundverkehrt. Denn je länger wir den Karren so weiter laufen lassen können, desto brachialer wird das Umsteuern in 2020 sein müssen.

Deshalb der Appell: Lassen Sie uns weder den Kopf in den Sand, noch Sand in den Kopf stecken. Gehen wir die strukturelle Unterfinanzierung des Haushalts heute an, auch wenn man sich damit weit weniger beliebt macht als als Gaben verteiler Weihnachtsmann. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Dinge heute anzugehen und nicht die Räte in 7 Jahren alles ausbaden zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Unser städtischer Haushalt enthält zu über 90% Notwendiges und Richtiges, hinter dem wir ohne wenn und aber stehen. Exemplarisch seien hier nur die hohen Ausgaben für Bildung und Betreuung genannt, die Zukunftsaufgabe Nummer 1. Das einzige Problem ist, dass der Etat den Rahmen sprengt. Weil das dieses Jahr besonders offensichtlich wurde und auf Grund der knapp bemessenen Zeit möchte ich nicht auf die vielen Punkte eingehen, gerne und mit Überzeugung zugestimmt haben, sondern vielmehr den Fokus auf die Einhaltung des finanziellen Rahmens richten.

Unsere Fraktion ist bereit, die Konsequenzen der Unterfinanzierung unserer Haushalte zu ziehen und alles zu unternehmen, das Ruder herum zu reißen.

Dies beinhaltet auch die Zustimmung zu Steuererhöhungen, wenn durch tatsächliche Massnahmen und nicht nur durch Lippenbekenntnisse sicher gestellt wird, dass gleichzeitig durchgreifende strukturelle Massnahmen ergriffen werden, um die laufenden Ausgaben zu senken.

Ein solches Paket müsste im Kern folgendes umfassen:

- Eine umfassende Reform der dezentralen Verwaltung.
- Eine grundlegende Reorganisation des städtischen Immobilienbestands unter

- Verkauf nicht unbedingt notwendiger und unrentabler Gebäude.
- Eine Begrenzung unserer Infrastruktur und der dadurch verursachten
 - zusätzlichen Folgekosten durch Beschränkung der Neubaugebiete auf
 - Baulücken und Konversionsflächen
- Eine nochmalige Durchforstung aller kostenrechnenden Einrichtungen auf deren Effizienz.
- Eine Stärkung der Museenlandschaft durch Bündelung der Kräfte auf das Limesmuseum und Besucherbergwerk. Kein Moratorium.

Nie war es so offensichtlich, dass eine Reform der Ortschaftsverfassung angezeigt ist, als bei diesen Beratungen. Es kann nicht sein, dass wenige Ortschaften gewissermassen mit allen Wünschen durchmarschieren und die anderen Teilorte, die die Gesamtverantwortung im Blick haben- und die gab es auch -, in die Röhre schauen. Besonders apart in diesem Zusammenhang der Vorschlag aus Fachsenfeld, eine Anfinanzierung für die neue Ortsmitte – vermutlich im Endeffekt ein Millionenprojekt – im Haushalt zu verankern und mit 20.0000.- Euro für Urnengräber gegen zu finanzieren, die man zuvor ebenfalls zusätzlich zum Haushaltsentwurf beantragt hatte.

Den einseitigen Durchmarsch einzelner Teile des Stadtgebiets zu Lasten anderer haben drei Umstände möglich gemacht:

1. Eine Ortschaftsverfassung mit Vertretungen der Teilorte, aber nicht der Kernstadt und der Weststadt. In den Teilorten entscheiden Ortschaftsräte, die naturgemäß, ja eigentlich fast auftragsgemäß nur ihre Ortschaft im Fokus haben. Dies führt nicht selten schon zu Konflikten mit Gemeinderäten aus den Ortschaften, die gleichzeitig Ortschaftsratsmitglieder sind und sich nicht nur als Kampfgruppe des Teilorts sehen. Schliesslich hat es zur Folge, dass die Massnahmen aus den Ortschaften mit – wenig überraschend meistens einstimmigen - Voten eines Beschlussgremiums bereits im Vorfeld in die Beratungen Eingang gefunden haben, während zusätzliche Wünsche aus Kern- und Weststadt erst in den Beratungen angemeldet werden.

2. Ein gravierender Regiefehler war es, den Wunschzettel der Teilorte nicht wie seither üblich den verschiedenen Haushaltstiteln zuzuordnen und an der entsprechenden Stelle Haushalt aufzurufen, sondern vorher in toto zu beraten und abzustimmen.
3. Und drittens, die Fraktionen, insbesondere die CDU, haben Ihre Verantwortung zum Ausgleich der Interessen der Gesamtstadt nicht wahr genommen.

Wenn dies nicht geändert wird, werden die moderaten Ortschaften nachrüsten und zukünftig auch massig Wünsche anmelden. Dann bleiben mehr übrig, selbst wenn das eine oder andere Vorhaben durchfällt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Nicht die Reform, sondern die Abschaffung der dezentralen Verwaltung wird eine der ersten und noch am wenigsten schmerzhaftesten Übungen sein, wenn die Schuldenbremse tatsächlich greift und jährlich Millionen gespart werden müssen, weil die Haushalte sonst nicht genehmigt werden. Unser im letzten Jahr abgelehnter Antrag ist aktueller denn je: Die Rathäuser in den Teilorten schliessen und frei werdende Immobilien verkaufen. Gleichzeitig einzelne Beratungstage in Wasseraalpingen. Unterkochen, auf dem Welland und dem Härtsfeld einrichten, die zentral von „Allroundern“ der Verwaltung beschickt werden. Die jährlichen Einsparungen von ca. 800.000 Euro gehen zur Hälfte an die Teilorte für ein Budget, das dort allein verwaltet wird.

Im Gegenzug wollen wir die Selbstverwaltung der Ortsteile stärken, indem sie, von Grossmassnahmen abgesehen, verstärkt eigene Budgetverantwortung bekommen, also Dinge letztlich verbindlich ohne Absegnung durch den Gemeinderat entscheiden können. Hierzu müssten unter externer Begleitung die gerechte Verteilung der Budgets und die Standards ermittelt und vom Rat beschlossen werden. Dies könnte manche berechtigte Frustration von Ortschaftsratsmitgliedern zumindest mildern helfen.

Ein zweiter wichtiger Baustein für die Senkung laufender Ausgaben ist die Reduzierung des städtischen Immobilienbestands. Hier wird es demnächst zum Schwur kommen. Es ist allerdings zu befürchten, dass

das Spiel Teilorte gegen Zentrale hier in eine neue Runde geht und der kreisende Berg deshalb eine Maus gebären wird. Die Abstrahierung der Kriterien wird nicht reichen, es braucht politischen Mut, sich von lieb Gewonnenem zu verabschieden.

Nächster Punkt unserer Agenda ist die wachsende Infrastruktur für eine schrumpfende Bevölkerung. Wir weisen nach wie vor und der Bevölkerungsentwicklung zum Trotz in allen Teilen der Flächenstadt Aalen Neubaugebiete auf der Grünen Wiese aus. Den Bau der zusätzlichen Strassen zahlen die Anlieger zumindest überwiegend, die zukünftige Erhaltung und Sanierung nicht. Ebenso wenig die Kosten für Reinigung und Winterdienst. Jeder Meter mehr Strasse, Leitungen und Versorgungseinrichtungen in der Fläche kostet zusätzlich richtig Geld und zwar jedes Jahr.

Exemplarisch wurde die dadurch verursachte Kostensteigerung bei dem im Rahmen der Beratungen andiskutierten jährlichen Aufwand für die Strassenbeleuchtung. Die Kosten hierfür haben sich von 2003 bis 2012 von 500.000 Euro auf 920.000 Euro fast verdoppelt, obwohl wir laufend gegen energiesparende Leuchtmittel austauschen. In dem Kostenanstieg enthalten der ständige Ausbau der Beleuchtung im auf Grund von Neubaugebieten erweiterten Strassen- und Wegenetz.

Wir sagen: Diese Entwicklung können wir und erst recht unsere Kinder nicht mehr bezahlen. Deshalb müssen wir unsere Siedlungspolitik ändern. Dort, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist, müssen wir das Wohnen planen und nicht einfach dort Infrastruktur bauen, wo wir Wohnen planen. Das heisst, Neubau auf Baulücken und auf Konversionsflächen. Und das heisst, den Wechsel im Bestand und nicht den Neubau zu fördern.

Es ist familienpolitisch gut gemeint, dass wir Familien beim Kauf von Neubauland Rabatte geben. Viel nötiger hätten es aber die, die weniger Geld haben, nur ein Häuschen oder eine Wohnung aus dem Bestand kaufen können und dieses oft mit viel Schweiß und finanziellen Entbehrungen für ihre Zwecke herrichten. Das Thema Siedlung Siedlungsentwicklung und Wohnförderung für Familien statt Neubauförderung muss auf die Agenda des Rats.

Des Weiteren wollen wir unsere Einrichtungen der Stadt nochmals auf die Kostenstruktur und Effizienz durchleuchten und uns auch hier auf das Wesentliche konzentrieren.

Hierzu gehört die Museumslandschaft. Wir wollen die beiden musealen Highlights Limesmuseum und Besucherbergwerk aufwerten und auf Vordermann bringen. Für das Limesmuseum werden wir die erforderlichen Mittel, insbesondere für die museumsdidaktische Neukonzeption, frei geben, für das Besucherbergwerk haben wir sie entsprechend der gemeinsam mit der CDU-Fraktion erarbeiteten Konzeption frei gegeben, um vor allem einen wettergeschützten Wartebereich zu schaffen und eine kleine Gastronomie möglich zu machen.

Wir sagen aber auch klar, dass diese Investitionen für uns untrennbar mit Teil B des Konzepts verbunden sind, Einsparungen, z.B. durch den Umzug des Rathauses Wasseralfingen ins Bürgerhaus und den Verkauf des Gebäudes Tourist-Info in Aalen. Einzelheiten sind dem dem Rat vorliegenden Antrag der beiden Fraktionen zu entnehmen. Wir bleiben hier auch bei Gegenwind bis Orkan bei der Fahne und sind in Anbetracht der Erfahrungen der Haushaltsrunde sehr gespannt auf das weitere Schicksal der gestellten Anträge. Moratorien lösen jedenfalls keine Probleme. Sie mögen von Ihnen, Herr Gerlach, bei der anstehenden OB-Wahl als hilfreich empfunden werden, um Probleme auszusitzen. Aalen kann sich das aber nicht leisten und wir brauchen kein Moratorium, auch nicht im Hinblick auf die danach folgenden Gemeinderatswahlen.

Wenn wir die Marschrichtung des Rats in den Etatberatungen 2013 an den Kriterien messen, die wir an eine zukunftsfähige Haushaltspolitik anlegen, können wir nur feststellen: Durchgefallen! Mit diesem Haushalt kommen wir einer Konsolidierung nicht näher, sondern beschleunigen die Marschzahl in die Gegenrichtung. Die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird den Haushaltsentwurf 2013 einschliesslich der mittelfristigen Finanzplanung und den Stellenplan deshalb ablehnen.

Wir bedanken uns bei allen an der Erstellung des Verwaltungsentwurfs Beteiligten in der Stadtverwaltung, insbesondere bei der Kämmerei.

Fleischer

(Es gilt das gesprochene Wort)